

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Alltägliche Unterhaltungsblätter“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsunterbrechung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepalte Petitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepalte Reklamszeile 40 Pfg., Ausstellungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Widerrüge unbedingt geschehen oder durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen, Keimerei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Zuzahlen, zusätzlich Postgebühr, / Schluß der Anzeigenannahme normittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 41

Dienstag, den 8. April 1930

32. Jahrg.

Brückensperre.

Die Mühlbachbrücke an der Stadtmühle ist bis auf weiteres gesperrt.

Kemberg, den 7. April 1930.
48) Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* Steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung und Befestigung der Kreditversorgung für die deutsche Wirtschaft sind seitens der Reichsregierung dem Reichstag zugegangen, die gleichzeitig Maßnahmen enthalten, um weitere Kapitalnachfrage nach dem Ausland zu verhindern.

* Ueber die sozialpolitischen Aufgaben der privaten Krankenerversicherungen sprach in einer von zahlreichen Vertretern der Behörden, Verbände, Parlamente und der Vertriebsstellen beauftragten Reichsversammlung Dr. Reichmann, der Vorsitzende dieser Organisation.

* Die Konventionen in England rufen sich bereits zu den bevorstehenden Wahlen, bei denen sie für Schutz und Herstellung der Wirtschaftseinheit des britischen Weltreiches einsetzen werden.

Der Arbeitsplan.

Nach den Absichten des Reichsfinanzministers gilt es jetzt in erster Linie, das Defizit des Reichshaushalts für 1930 zu beseitigen. Der Reichsfinanzminister schätzt dieses Defizit auf 315 Millionen Mark. Ob diese Rechnung aber stimmt, ist noch keineswegs sicher, sondern es muß vielmehr mit einer Spanne von 290—320 Millionen Mark Defizit gerechnet werden. Die Schwierigkeiten des Finanzprogramms liegen vor allem darin, daß eine Deckungsvorlage für den Reichshaushalt eingebracht wird, den der Reichstag nach der Ausgabeleihe noch gar nicht kennt.

Es haben erneut Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien über das Finanzprogramm stattgefunden, und zwar ist zwischen den Sachverständigen über die Verzinsung der Zahlungsrückstände bei den indirekten Steuern verhandelt worden. Es handelt sich hier um die Einkommen- und Zuerststeuer. Die Reichsregierung rechnet hier mit einer Mehrerhebung von 30 Millionen Mark. Weiter wurde verhandelt über die Frage der Mineralölsteuern und der inneren Ausgleichsabgabe. Reichsernährungsminister Schiele hatte im Interesse der farstoffbauenden Landwirtschaft einen Spiritusbeimischungsantrag angeregt. Endlich hat der Reichsanwalt Gelegenheit genommen, mit der Wirtschaftspartei über die Erhöhung der Biersteuer zu beraten, da neuerdings auch die Wirtschaftspartei ebenso wie die Bannereische Volkspartei gegen die Erhöhung der Biersteuer Bedenken hat. Von Seiten der Wirtschaftspartei ist u. a. eine Erhöhung der Umlagesteuer vorgeschlagen worden, und zwar nach einem gestaffelten Tarif. Die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich überdies in keiner Weise an die Regierungsvorlage gehalten, sondern um Ausdruck gebracht, daß nunmehr ganz neue Vorschläge auf zur Diskussion gestellt werden könnten. Sie mußten infolgedessen erst auf die Regierungserklärung verwiesen werden.

Der Reichsfinanzminister legt entscheidenden Wert darauf, die Frage der Mineralölsteuern, die Frage der Zinsvermehrung, die Biersteuer und die Mineralwassersteuer vorrangig zu behandeln. Ueber die parlamentarische Erledigung der Steuergelehe besteht zurzeit noch vollkommene Unklarheit. Es wird u. a. damit gerechnet, daß die Sozialdemokraten nicht gegen die Biersteuer stimmen werden. Es wird weiter mit einer teilweisen Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei gerechnet, doch besteht die Gefahr, daß die nächste Woche eine erneute Krise im Reichstag bringen kann, einzuweilen noch fort.

Die Gestaltung der Agrar-Vorlage wird weitere Schwierigkeiten bringen. Der Reichsernährungsminister Schiele läßt seine Pläne nicht im Reichswirtschaftsministerium, sondern im Reichslandwirtschaftsministerium ausarbeiten, er ist jetzt dabei die Methode fort, die er bereits bei seiner ersten Tätigkeit als Reichsernährungsminister geübt hat. Somit verläuft, soll das Einkommensausgleich ausgehandelt werden. Es ist aber damit zu rechnen, daß ein solcher Ausbau erhebliche diplomatische Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Bei der Ausgestaltung des Agrarprogramms wird also nun noch die Frage entscheiden, wenn die notwendigen Vollmachten erteilt werden, dem Reichsernährungsminister Schiele oder der Reichsregierung. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Reichstag niemals dem Reichsernährungsminister als solchen die geplanten Vollmachten erteilen wird, sondern wenn eine Vollmachtenerteilung in Frage kommt,

dann kann die Ermächtigung nur an die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit gehen werden.

Schon aus dieser einen Kernfrage — dem Finanzprogramm — ist zu ersehen, wie schwierig sich die Verhandlungen schon innerhalb des Kabinetts dann aber um so härter im Gremium der Fraktionen gestalten könnten. Dabei ist noch als erhellend zu betrachten, daß abgesehen von den grundlegenden Gegensätzen zwischen den einzelnen Parteien, die sich wohl kaum unter einen Hut bringen lassen werden, auch innerhalb der Gruppen selbst durchaus nicht Meinungen und Ansichten homogen sind.

Selbst wenn aber nun wirklich bei den Regierungsparteien eine Verständigung erzielt wird, bleibt noch die Frage offen, ob sich im Reichstag für die Vorlagen eine Mehrheit finden wird. Die Regierung hat die Absicht im Plenum abstimmen zu lassen. Sie ließ durchblicken, daß sie erst dann auf die Artikel 48 zurückgreifen werde, wenn es ihr nicht möglich ist, ohne ihn die Finanzierung zu erreichen. Alles hängt demnach weiter davon ab, wie die Deutschnationalen ihr Votum in die Waagschale werfen. Sie haben heute den entscheidenden Einfluß, den sie nach Belieben ausüben können, d. h. sie vermögen die Regierung zu unterstützen oder ihr ein längeres Dasein zu bestreiten. Dabei hat sich allerdings in dieser Partei eine Strömung herausgebildet, die nicht die Absicht hat, die Regierung unter kühnen Drohgedrängen zu halten, die vielmehr dazu bereit ist, die Finanzgelehe zu verabschieden und erst dann bei der Beratung der Agrarfragen die letzten Entscheidungen zu fällen. So wird sich also die Arbeit bei der Regierung immer im Gesichtsfeld einer Krise drehen, sie wird sich zwischen der sozialdemokratischen Seite und der deutschnationalen Kampfdispositionen eine Situation, die erst dann ihr Ende hat, wenn der Reichstag der Auflösung verfallen oder die neue Regierung zurückgetreten ist um Platz zu machen einer anderen, die dann wieder mit koalitionsmäßigen Bindungen arbeiten mußte.

Das Gaststättengelehe.

Abstimmung auf Dienstag, 6. April.

— Berlin, 5. April.

Präsident Löbe eröffnet die Reichstags-Sitzung um 1 Uhr. Das deutsch-polnische Arbeitsabkommen über Personenlandsverkehr wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Haus setzt dann die zweite Beratung des Gaststättengelehes

fort.

Abgeordneter Diez (Ztr.)

weist auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Gastwirtsberufes hin, das in Deutschland 430 000 Gaststätten umfasse. Das Gelehe bewirke einmal den Schutz des Gastwirtsberufes und dann auch einen Schutz gegen den Alkoholmißbrauch. Der Redner beantragt im § 26 eine Änderung dahin, daß die Konfessionspflicht nicht auf den Kleinhandel mit Wein ausgedehnt werden kann.

Reichswirtschaftsminister Dietrich

gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es nunmehr endlich gelinge, das Gaststättengelehe, das so lange den Ausschuss beschäftigt hat, zur Verabschiedung zu bringen.

Die jetzt vorliegende Lösung bedeutet einen Mittelweg, auf welchem einerseits dem notwendigen Schutz der Jugend und dem Kampf gegen den Alkohol Rechnung getragen, auf der anderen Seite aber das Gewerbe nicht allzu sehr eingesenkt wird.

Die Vorchrift, nach der die Klagenfrist von Forderungen, die aus der wiederholten Kreditierung von Brantwein herrühren, ausgeschlossen wird, ist grundsätzlich zu billigen. Was die Polizeistunde angeht, so soll es ebenfalls bei den Vorschlägen des Ausschusses bleiben, also äußerste Grenze 1 Uhr, abgesehen von Ausnahmefällen. Die Bestimmung, wonach schnapsfreie Tage angeordnet werden können, soll auf den Kleinhandel in vertriebslosen Stichen mit einem gewissen Mindestgehalt seine Anwendung finden.

Ministerladestraf Dr. Klauer verliest eine Erklärung der preussischen Staatsregierung, in der die in der Frage der Polizeistunde für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt.

Abgeordneter L o b l (Bayer. Sp.) weist auf den Tisch des Hauses, auf den inzwischen von Reichstagsadmiralen viele Zentner von Petitionen

niedergelegt worden sind, und erklärt, hier zeige sich das große Interesse, das die Deutschnationalen am Gaststättengelehe habe. Abgeordneter S a n f e (Christlichn. Bauernpartei) bedauert, daß die Vorlage zu sehr von den höchsten Verhältnissen ausgehe, die man durchaus nicht auf das Land übertragen könne.

Abgeordneter B e r g m a n n (Soz. Ztr.) für die vom Abgeordneten Dr. Raßl bekämpfte Bestimmung in § 2 ein, wonach die Konfession auch dann verweigert werden soll,

„wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Antragsteller die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern und Angehörigen nicht einhalten wird“. Abgeordneter S c h u m a n n (Christl. Komm.) bezieht den Alkoholisismus als eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems. Abgeordnete Frau F u d s (Ztr.) weist auf die schweren gesundheitlichen Schädigungen durch Alkoholmißbrauch hin. Abgeordneter B r u d e r f e r (Ztr. Bauernp.) erklärt, seine Freunde könnten dem Gelehe, das weder für die Gastwirte noch für die Gemeinden Erleichterungen bringe, nicht zustimmen. Abgeordnete Frau W u r m (Soz.) begründet einen Antrag, auf den Mißbrauch durch Wagenhändler vom Zwang zur Erlaubniserteilung zu befreien.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage beendet. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr. Abstimmungen und dritte Beratung des Schankstättengelehes.

Steuerzuschuß des Reichstages.

Reichsfinanzminister Rodenhauer über die Deckungsvorlagen.

Im Steuerzuschuß des Reichstages eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Rodenhauer die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlagen.

Der Fehlbetrag für 1930 belaufe sich auf mindestens 304 Millionen und werden sich möglicherweise noch auf 315 Millionen erhöhen. Die von der Regierung eingebrachten Deckungsvorlagen einschließlich der noch folgenden Steuer auf die inländische Benzinherstellung ergeben für das Reich ein Aufkommen von 326 Millionen. Auf die Länder entfallen fernher 120 und auf die Gemeinden 40 Millionen. Der durch die Neubildung der Regierung und das spätere Inkrafttreten der Gelehe für das Reich entfallende Anfall betrage mindestens 22 Millionen, so daß für dieses Jahr dem Reich 304 Millionen Deckungsmittel an Deckungsmitteln, die dem genannten Mittelfehlbetrag für 1930 entsprechen.

In der Aussprache übte dann der deutschnationale Abgeordnete Dr. Rademacher lebhaft Kritik an den Vorlagen. Man könne nicht jetzt für das nächste Steuererhöhungen verlangen, für das nächste Jahr schon Steuerentlastungen in Aussicht stellen. Auch das nächste Jahr werde wahrscheinlich noch ein Notjahr sein.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herz wies darauf hin, daß nach den Forderungen der Regierungsparteien für die Mittel- und das Agrarprogramm mit erheblichen Mehrausgaben gerechnet werden müßte. Die Gesamthaltung der Sozialdemokratie werde von der Gestaltung des Finanzprogramms im ganzen abhängig sein. Reichsfinanzminister Dr. Rodenhauer erwiderte dann, daß sich die Reichsregierung zu ihrem ursprünglichen Finanzprogramm bekenne, das die Deckungsvorlage, die Steuerentlastung und die Arbeitslosenversicherung umfasse. Bei der Arbeitslosenversicherung habe sie sich dem letzten Kompromiß der Regierungsparteien angeschlossen.

Der Minister wandte sich gegen einen Entsch der Förderungssteuer und bezeichnete als vordringlicher die Senkung der Realsteuer und Einkommensteuer. Mit der Reichsbahn seien Verhandlungen eingeleitet, um eine Tarifverhöhung zu vermeiden.

Eine Ueberpannung der direkten Steuern treffe am härtesten auch die Arbeiterklasse. Das Problem der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit wuzele nicht in einer möglichst gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung, sondern in der Frage, wie man den erwerbslosen Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen könne. Das Programm der Regierung sei also durchaus sozial.

Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Reichsregierung und Steuerentlastung.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht.

— Berlin, 6. April.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zur Ergriffung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zugegangen. In der Begründung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß Personen, die als ausländische Geldgeber in Frage kämen, sich durch gewisse steuerliche Vorteile abhalten lassen, ihr Geld nach Deutschland zu bringen oder für gewisse Unternehmungen zu beisteuern. Auch die Kapitalabwanderungen vom Inland ins Ausland werden vielfach vom steuerlichen Gesichtspunkt stark beeinflusst.

In vielen Fällen sind es lediglich steuerliche Gründe, die derartige Transaktionen bedingen. Und das hat für Deutschland schwere volkswirtschaftliche Nachteile. Es ist da einmal auf die währungsrechtlichen Einwirkungen derartiger Kapitalabwanderungen hinzuweisen. Einen reinen Verlust erleidet die deutsche Wirtschaft auch dadurch, daß der Unterchied zwischen den Soll- und Istrenten nicht der deutschen Wirtschaft, sondern dem Ausland zu

Nicht, wenn die ins Ausland gebrachten Kapitalien vom Ausland der deutschen Wirtschaft wieder zur Verfügung gestellt werden.

Der Hauptnachteil aber liegt darin, daß der deutschen kapitalarmen Wirtschaft überhaupt Kapital entzogen wird. Die Neigung zu solchen Kapitalabwanderungen wird noch dadurch verstärkt, daß eine Reihe von Ländern, insbesondere solche, die Deutschland benachbart sind, insofern glücklichere Verhältnisse sehr niedrige Steuern haben. Es muß ein Ziel der bevorstehenden deutschen Steuerreform sein, bei denjenigen Steuern, die die Kreditförderung der deutschen Wirtschaft zu hemmen geeignet sind, Erleichterungen einzutreten zu lassen, zumal wenn dadurch keine wesentlichen finanziellen Ausfälle entstehen.

Die Reichsregierung ist jedoch der Auffassung, daß, um ausländisches Geld nach Deutschland hereinzuführen und die Abwanderung deutschen Geldes ins Ausland zu verhindern, alles Erforderliche getan werden muß, sobald es die Verhältnisse nur irgend gestatten. Die Festlegung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag ist fast laugemal einmütig mit der Begründung gefordert worden, daß der Steuerabzug nicht den Gläubigern, sondern den Schuldner treffen, daß er kreditverwehrend wirkt und daß er demnach entsprechend die Zahlungsmöglichkeiten von Pfandbriefen und Obligationen im Inland und nach dem Ausland beeinträchtigt. Ein verringertes Pfandbriefgeschäft machte sich auch während auf dem Markt bemerkbar. Ein solcher Rückgang des Steuerabzugs ist wegen der Staat- und Reichsanlage im Augenblick noch nicht möglich.

Die Reichsregierung glaubt aber, daß sich schon im Laufe des Rechnungsjahres 1930 die Möglichkeit ergeben wird, den Steuerabzug bei festverzinslichen Wertpapieren aufzuheben. Da eine derartige Entscheidung unter Umständen schnell zu treffen wäre, erscheint es ihr zweckmäßig, wenn sie, ohne den unumfänglichen Weg der Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu müssen, dazu schon jetzt die Ermächtigung bestände.

Erbauliche Zustände.

Besprechungen gegen die Berliner Sowjetbotschaft.

Berlin, 5. April.

Die in Paris erscheinende russische Zeitung „Kosobodnja Moskwa“ veröffentlicht einen Berliner Brief, in dem die Zustände in der russischen Botschaft in Berlin in aller Ausführlichkeit geschildert werden. In diesem Brief heißt es u. a., die russische Botschaft in Berlin spiele eine ganz besondere Rolle, nachdem die deutsche Regierung seit der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo sich Moskau gegenüber einer außerordentlichen Nachsicht befleißigt. Zu dem eigentlichen Personal der Botschaft, das nur aus neun Personen bestehe, gesellen sich außer zahlreichen Geheimagenten noch 23 Angestellte, die nicht die diplomatische Immunität genießen.

Die geheimen Arbeiten würden in einem besonderen Flügel des Gebäudes der Botschaft ausgeführt, wo sich auch die Kassen der Komintern, ferner eine Station für drahtlose Telegraphie, ein chemisches Laboratorium, ein photographisches Atelier, ein Büro für falsche Pässe sowie ein umfangreiches Waffen- und Giftdepot befinden.

Die Pässe seien echt, und nur der Name, auf den sie lauten, sei gefälscht. Der gesamte Briefwechsel mit den in der ganzen Welt verstreut liegenden Zweigstellen der Komintern und CPW werde mit unfehlbarer Tinte ausgeführt, so daß die Briefe erst durch ein chemisches Verfahren lesbar gemacht werden könnten.

Die Besatzung für die Wächter dieser Missionen muß natürlich dem genannten russischen Staat überlassen bleiben. Anmerkung will man ihnen in Berliner politischen Kreisen wenig Glauben schenken. Man weist darauf hin, daß die Werbung aus Paris kamme. Daraus lasse sich schließen, daß man von dort aus versuche, die Beziehungen und die ausgedehnten Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland zu lösen. Es seien keine Beweise für die unkontrollierbaren Besprechungen des Komintern-Präsidiums vorhanden.

Die Ziele Briands auf der Flottenkonferenz

Masten wünscht Deutschlands Mitarbeiter.

London, 6. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ und Berliner berichten im genannten Blatt über-

einmündend, daß es Briand bei der bisherigen politischen Verhandlungen der Flottenkonferenz um zwei Ziele zu tun war:

1. um eine für Frankreich und England befriedigende Auslegung des Artikels 16 und 2, um die obligatorische Inkassierung einer Entschädigung des Haager Gerichtshofes in dem Falle herbeizuführen, wenn der Völkervertrag über die Sanktionsmaßnahmen nicht eingeleitet sei.

Berlin gibt offen zu, daß diese zwei Forderungen in Uebereinstimmung mit dem vor einigen Wochen in Genf angenommenen Bericht stehen. Ohne die Durchlegung dieser zweiten Forderung betrachte Briand seinen bisherigen Erfolg in diesem Punkt als wertlos, und Frankreich würde es in jedem Falle vorziehen, sich auf eine starke Flotte zu verlassen.

Asienischerlei besteht dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge die Absicht, im Falle eines Scheitlerens der Konferenz drei neue Schlichter zu bannen. Weiterhin befähigt der Mitarbeiter, Grandrabe in den letzten Besprechungen angedeutet, daß zu Besprechungen über eine neue Auslegung des Völkervertrages oder eines Teiles des Locarnopactes Deutschland betanzen werden müßte.

Die schwedische Königin ♀.

Königin Viktoria von Schweden ist infolge eines Herzleidens gestorben.

Stocholm, 6. April.

Die Nachricht vom Tode der Königin hat hier tiefe Trauer ausgelöst. Der Rundfunk stellte sofort seine Darbietungen ein. Alle Theateraufführungen sind abgesehen worden.

Königin Viktoria von Schweden wurde am 7. August 1862 geboren. Sie war bekanntlich eine bapdische Prinzessin und Enkelin Kaiser Wilhelms des Ersten. Am 20. September 1881 fand ihre Vermählung mit König Gustaf dem Dritten statt. Vater



Wahlberechtigt nach wird die Königin in der Riddarholmskirche in Stocholm beigesetzt werden, wo bereits acht deutsche Prinzessinnen, die schwedische Königinnen waren, die letzte Ruhe gefunden haben. Königin Viktoria war bekanntlich seit Jahren schwer krank und verbrachte die letzte Zeit des Jahres meist ausschließlich in Italien.

Beileidsfundgebungen.

Die Leiche der verstorbenen Königin von Schweden ist aus Rom nach Stocholm überführt worden.

Das italienische Königspaar hat in der Villa Savoia seinen Beileidsbesuch abgelaßt, ferner Prinz Philipp von Hessen, der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Fani, ein Vertreter des Gouverneurs von Rom und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, der schwedischen Kolonie und des römischen Adels. Der Papst hat den Apostolischen Nuntius beauftragt, dem König sein Beileid zum Ausdruck zu bringen.

Politische Forderungen der Industrie.

Sparwirtschaft des Dr. Drechs.

Düsseldorf, 5. April.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen im Rheinland und Westfalen, der sogenannte Langnamverein, tagte in Düsseldorf. Mehr als 1000 Teilnehmer dieser Spitzenorganisation der rheinisch-westfälischen Wirtschaft hatten sich eingefunden. Nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Dr. Fritz Springmann-Darmstadt sprach der Geschäftsführer des Langnamvereins Dr. Schlenker. Dr. Schlenker betonte u. a., die Arbeit des Vereins müsse mehr vom Schriftbild und Sitzungszimmer weg in die eigentliche Kampfbahn des öffentlichen Lebens übergeben werden. Politik könne nur einmal nur durch Politik gelernt werden. Den dritten Vortrag über

„Ersparnisse im öffentlichen Haushalt“

hielt Ministerialdirektor Dr. Drechs. Der Reichshaushalt für 1930 sei, abgesehen von der noch offenen Frage der Arbeitslosenversicherung, finanztechnisch solide aufgebaut.

Die Hoffnung auf ein besseres Saldo für 1931 sei bisher erst in Höhe von rund 100 bis 150 Millionen fundiert. Man müsse sich nach und nach mit der Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge um ¼ Prozent befassen und zugleich auch an eine Erhöhung der Erbschaftsteuer denken. Berücksichtigung auf die Wohlfahrtsfrage der Gemeinden sei keine Ersparnis, sondern ergebe nur neue Verwirrung und Erhöhung der Realsteuern.

Nach dem Vortrag Dr. Drechs verwies in der Aussprache Geheimrat Wieland darauf, daß die Vorschläge des Reichserbvertrages der Deutschen Industrie mit dem Schlagwort „Man solle einen Sparkittorator schaffen“ umschrieben werden. Es müsse eine neutrale Stelle geschaffen werden, die den Haushalt dauernd bearbeite und Einblick in die einzelnen Ressorts habe.

Die Tagung wurde mit einem Schlußwort von Generaldirektor Dr. Silberberg beendet.

Nach seiner Ansicht nach habe tatsächlich die Wirtschaft in der Politik verlagert. Die Entwicklung der letzten Jahre habe aber gezeigt, daß das napoleonische Wort „Politik ist Schicksal“ sich schließlich als das richtige erweisen habe.

Die erschreckende Arbeitslosigkeit zeige, auf welche Weise die öffentliche Wirtschaftspolitik gefaßt sei. Arbeit schaffen, sei Aufgabe des Unternehmers, nicht die der öffentlichen Hand. Er glaube, daß es die Meinung der Industrie Westdeutschlands sei, daß man bei einer Reichsregierung Preußen nicht drängen solle, ohne man wisse, wie das ungeliebte Reich aussehe.

Kapitalverföschung der Wirtschaft.

Dr. Silberberg bei den deutschen Referendaren.

Düsseldorf, 6. April.

Generaldirektor Dr. Silberberg sprach im Rahmen der Schulungswoche des Reichsbundes deutscher Referendare über Fragen der Kapitalverföschung der deutschen Wirtschaft.

Es müsse unter allen Umständen angegriffen werden, die Kredite der öffentlichen Hand wie die der Privatwirtschaft, die nicht auf lange Zeit abgeschlossen sind, zu konsolidieren. Der schwerwiegendste Grund für die große Arbeitslosigkeit liege in der Umkehr, daß die öffentliche Hand sich weit über ihre volkswirtschaftliche Berechtigung hinaus als Arbeitgeber eingestellt habe. Das Wesen des Unternehmens erfordere sich nicht im Arbeit geben, sondern die vornehmliche Pflicht des Arbeitgeberstufens sei Arbeit zu schaffen. Die öffentliche Hand könne nur künstlich Arbeit beschaffen. Die Arbeitslosenfrage könne daher nur befristet werden, wenn wir wieder durch eigene Kapitalbildung ein eigenes, verantwortungsfähiges deutsches Unternehmen bekommen, das in der Expansion der produzierten Mittel und in der Abwertung der Erzeugnisse auch dafür sorgt, daß wieder die Menschen in den Arbeitsprozess eingeschaltet werden.

Vom Reich verlangte Silberberg eine Finanzpolitik und eine finanzielle Finanzkontrolle, ausgehend von einer großen Zentralstelle. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft, wenn das deutsche Unternehmen seine Aufgabe richtig erkenne.

Altenburg, 6. April.

Der thüringische Innenminister Dr. Fritz hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter der sozialdemokratischen „Altenburger Volkszeitung“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die erste Verurteilung des Beflagten durch den Untersuchungsrichter in Altenburg ist bereits erfolgt.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

7. Fortsetzung

Sie brachte die reiche Frau ihre paar Lebensjahre zu. Voll stiller Resignation und Ergebenheit. Jetzt oben lag sie auf einem Aufbettet in ihrem Zimmer. Auch dieses Gemach war mit bewundernswürdiger Pracht ausgestattet; ganz in Hellblau gehalten. Weiße Möbel, goldgelbe Brokatvorhänge. An den Wänden ein paar überaus wertvolle Gemälde, ein edler Rembrandt, ein Stubenschild, Leberall Platzhans, riesige Escharenstelle, kostbare Vasen. An den Fenstern ein paar bunte Vorhänge, die die Gasse oder Bekannte der stillen Frau mit heimgebracht.

Die großen, dunklen Augen Frau Morlands waren auf ein Buch gerichtet, welches sie in den trantafel weißen, durchsichtigen Hüllen hielt. Sie wurde durch nichts in ihrer Ruhe gelöst. Alle wußten, daß das Leben der Geheimtante an einem lieblichen Abend hing, den die geringste Aufregung zerstören konnte.

Frau Morland trug ein wunderbares, echtes Spitzenkleid von idmögiger Farbe. Sie wollte die Gäste mit empfangen, die heute anläßlich des Geburtstages ihrer Tochter Ethel geladen waren. Sie hatte gern Freunde um sich, aber nur kurze Zeit konnte sie im Kreise ihrer Gäste verbleiben. Man wußte, wie es um die allgemein beliebte Dame stand. Man wußte aber auch, wie man sie gekränkt hätte, wäre ihretwegen keine Fröhlichkeit aufgefunden.

Frau Morland achtete ihren Mann hoch. Sie wußte, auch ein Geschicksgenie er war. Trotzdem wußte Frau Morland aber auch, daß ihr Mann noch andere Interessen hatte. Zum Beispiel eine Witwe in Baltimore, die er vollständig unterhielt! Aber sie, die unrettbare Kranke, sie durfte ja nicht mit dem Maßstab messen, mit dem zu messen eine gesunde Frau das Recht hat. Ihr ganzer Sonnenschein war ihre Tochter Ethel. Aber wenn die Tochter länger Zeit bei

ihre war, dann verlangte die Mutter doch wieder nach der stillen Ruhe ihrer Einkamkeit. Das reiche, lebhaftes Wesen der Tochter wurde ihr zu viel, wenigstens lie sie sich herzlich darüber freuen. Aber sie war ganz froh, wenn Ethel und der fertige Mann wieder eine Zeitlang von ihr schieden.

Jetzt öffnete sich die Tür. Ethel Morland trat über die Schwelle. Wüßten sie der Fröhlich seher. Einen Beileidsfranz in den Händen, elste sie lächelnd auf die Mutter zu. Sie küßte dieselbe herzlich ab. „Na, Mama, wie geht es dir? Und wie ich sehe, schon in großer Woche. Das ist schön, da wird sich Papa freuen. Er wird übrigens bald kommen.“ So plauderte sie und brachte mit ihrem süßen Wesen Leben in das ruhige Zimmer.

Frau Morland fragte: „Kind, wie weit seid ihr? Seid ihr fertig mit allem?“

„Ja, Mutterchen, Alles sein. Wenn du nur recht lange mit da sein könntest.“

„Kommt der deutsche Herr auch?“

„Ja, Mutti.“ Ethel war leicht erwidert. Den forschenden Augen der Mutter war es nicht entgangen.

„Du hast Herrn von Eschingen gern?“

Die Tochter lachte den Kopf. Dann lachte sie plötzlich hell auf. „Warum soll ich ihn nicht gern haben? Er ist froh und schnellig, bewandert in allem Sport.“

Frau Morland fragte: „Aber dein Verlobter?“

Ethel sprang hastig auf. „Laß doch das, liebe Mutti; ich war eben dummi, mich so früh zu binden. Wenn du nicht so ein nettes, ist ja auch gut so. Da kommt ja Papa.“

Die Tür hatte sich geöffnet. Breitfüßig und widerbevoll stand Morland da. „Ja, Ethel ist schon bei dir? Das ist ja nett.“ Er ging zu seiner Frau. Hüßte sie auf die Gärten.

„Du bist schon fertig, Alice? Wird es dich nicht zu viel?“

Sie nickte ihm dankbar zu. „Du bist so besorgt, es wird wohl gehen. Ich fühle mich heute wohl. Ich freue mich sogar sehr auf unsere Gäste.“

Ethel sprang plötzlich auf. „Wißt ihr, da kommt bereits die Signorina Montano. Die ist immer die erste. Mit der muß ich noch ein bißel schwagen, sie ist zu originell.“ Ethel nickte den Eltern fröhlich zu und verschwand.

Morland blies ihr stolz nach.

Frau Alice aber sagte seine Sand. „John, ich muß einmal mit dir darüber sprechen. Wir ist so bange um das Kind. James Bridgetbroote ist nicht der Mann, der den Wüßfang glücklich machen kann.“

„Güldenrich! Was versteht du unter Glück, liebe Alice?“ Sie blies beschwörend in seine süßen Augen. „John, unser Kind braucht Liebe, braucht warme, verschönde Liebe, begreift du das nicht?“

Er sah erkaunt aus. „Offen gesagt, Alice, begreife ich dich nicht recht. Du machst immer eine verständliche, küßle Frau. Was fürchtest du für Ethel? Sie ist stark und mutig. Sie wird sich ihr Leben schon zurechtzimmern. Und dann, Bridgetbroote ist ein Ehrenmann und Ethel kommt als seine Frau in die höchsten Gesellschaftskreise Alt-Englands. Um dir aber nicht ganz unrecht zu geben, will ich dir lieber sagen, daß ich mich nicht in Schmeicheleien auch mal etwas anders gedacht habe. So ungefähr, wie ich einen kenne. Nämlich den Deutschen, von dem wir dir erzählten. Na, den kennen wir aber doch schließlich auch zu wenig, um uns wegen ihm die Haare auszureißen, bloß weil wir ihn nicht als Schwiegerohn kriegen. Wüßten doch nichts von ihm, als was er uns selbst erzählt. Aber ganz werden ich mich schon nicht ireuen. In dieser vornehmen Persönlichkeit täuscht man sich nicht.“

Frau Morland nickte trübe. „Ja, und treue du dich auch nicht in unsemern Sinne.“

„Wie meinst du das?“

„Ich glaube, Herr von Eschingen ist Ethel nicht gleichgültig,“ sagte Frau Morland.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 7. April 1930

Ep. Teilnahme der Kinder am gottesdienstlichen Leben. Der Evangelische Elternbund für die Provinz Sachsen schreibt uns: Es ist uns zu wenig bekannt, daß die Kirche dem Kinde die Möglichkeit der Teilnahme am gottesdienstlichen Leben in weitem Umfange erschlossen hat. In größeren Gemeinden sind eigens Gottesdienste für die Kinderwelt eingerichtet. Ein Kreis geschulter Helfer und Helferinnen unterstützt die Arbeit des Pfarrers; es ist sogar eine eigene Zeitschrift für Leiter von Kindergottesdiensten vorhanden. Nicht mit Unrecht hat man die Kindergottesdienste die Kindergemeinde der Kirche genannt. Ganz von selbst wachsen die Kinder in die christliche Sitten hinein und werden mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß sie Volk und Kirche gegenüber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Als selbstverständlich sieht es die Kirche an, daß die Konfirmanden regelmäßig den sonntäglichen Gottesdienst besuchen, ja sie werden zu Beginn des Konfirmandenjahres der Gemeinde in einem eigenen Gottesdienste vorgestellt. Die Eltern können ihren Kindern den Kirchenbesuch dadurch lieb und teuer machen, daß sie selber an den gottesdienstlichen Veranstaltungen ihrer Gemeinde regelmäßig teilnehmen.

* 25 Jahre waren am Sonnabend, den 5. April, vergangen, seit Frau Walde ihre Tätigkeit als Leichenwäscherin in Remberg und Umgegend ausübte. Hinsu kommen noch 2 1/2 Jahre, in welchen Frau Walde bereits in Rastitz als solche tätig war. Ihre Dienste hat sie während dieser Zeit bei 1790 Todesfällen zur Verfügung gestellt. Außer zahlreichen Blumenpenden und sonstigen Geschenken wurde der Jubililarin seitens der Stadt ein Geldgeschenk von 50 Mark überreicht. Auch wir würden derselben, daß sie ihre Tätigkeit noch recht lange ausüben kann.

* Bubenhände haben dem Gärtner Lese 12 der neuesten Rosenzucht erntend, die er unter vielen Mähen heringehandelt hat. Bereits vor Jahren wurden ihm Kirchengäule gestohlen, die dann nach einigen Tagen zerhackt auf seinem Acker lagen. Hoffentlich gelingt es, die Täter festzustellen, damit sie einer strengen Bestrafung entgegensehen können.

Delitzsch, 3. April. Der Bezirksausschuß in Merseburg hat in einem Streitverfahren zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten in Delitzsch eine Entscheidung gefällt, die geeignet ist, wegen ihrer allgemeinen Bedeutung großes Aufsehen zu erregen. Auf Antrag der Sozialdemokraten war von den Stadtverordneten mit 13 zu 13 Stimmen beschloffen worden, daß bei Vergütung von städtischen Aufträgen Magistratsmitglieder, Stadtverordnete oder Bürgerdeputierte nicht berücksichtigt werden sollen, um Stareffälle oder dergleichen zu vermeiden. Die Opposition gegen diesen Antrag war sehr groß. Jetzt hat der Bezirksausschuß in Merseburg zugunsten des S. P. D. entschieden und die Beschwerde des Magistrats zurückgewiesen. Dadurch ist den Gewerbetreibenden die Annahme eines städtischen Amtes sehr erwidert und viele werden keine Lust verspüren, neben der Einbuße an Zeit auch noch Arbeitsmöglichkeiten auszulagern. Wie sieht es denn nun aber aus, wenn, wie früher, alle Diäten und Tagegelde der Abgeordneten, Stadtverordneten usw. wegfallen und die Aemter Ehrenämter würden? Was dem einen recht ist, muß eigentlich dem andern billig sein.

Der Giftmord an dem Händler Lösch.

Halle, 3. April. Dem Giftmord an dem Handelsmann P. Lösch aus Großitzheim bei Elsterwerda teilt die Justizstelle noch mit: Durch die chemische Untersuchung war einwandfrei festgestellt, daß das Brot, nach dessen Genuß Lösch verstorben war, Strichmehl in großen Mengen enthielt. Vorläufige Täter war dem Beschuldigten Weber der Schmutz unter den Fingerringen herorgebracht worden, auch in diesen fand sich Strichmehl. Auch andere Zeugen befestigten Weber, der bekanntlich Selbstmord verübte, schwer. Die Ehefrau des Verstorbenen Lösch ist aus der Haft entlassen worden, da sich hinreichende Verdachtsmomente für ihre Beteiligung an der Tat nicht ergeben haben.

Herzberg, 4. April. Polizeilich in Kampf mit Erwerbslosen. Als hier Polizeibeamte mehrere Erwerbslose, die Apfelferlinen auf den Bürgersteig geworfen hatten, auf das Verbot ihres Vorgesetzten aufmerksamer gemacht hatten, wurden die Beamten von den Erwerbslosen angegriffen. Ein Schutzmann wurde dabei zu Boden geschlagen. Mit Hilfe von herbeigerufenen Landjägern gelang es schließlich, unter Gebrauch des Gummistockes die Ruhe wieder herzustellen.

Sangerhausen. Sie verzichten auf ihre Ehrenämter. Weil die Parteimitglieder mit der Behandlung ihrer Unterstützungsanträge unzufrieden waren, haben hier sämtliche Mitglieder der kommunistischen Fraktion des städtischen Kollegiums ihre kommunalen Ehrenämter niedergelegt.

Eichenwerda. Erhöhung der Kreissteuer. Der in der Beratung abgeschlossene Haushaltsplan des Kreises Eichenwerda sieht eine Erhöhung der Kreissteuer um 38 auf 47 Prozent vor. Der ungedeckte Teilbetrag stellt sich auf 580 000 Mark bei einem Gesamtertrag von 3 562 800 Mark. Zur Veranschaulichung des Haushaltsplanes ist der Kreisrat für den 16. April einberufen worden.

Gersdorf, Töblicher Verfallsfall bei Sien. Hier scheuten zwei in eine Salmatine eingespant Pferde. Der etwa 50 Jahre alte verheiratete Ruffler Schumann sprang dem einen Pferd zwar in die Zügel, wurde aber von den Tieren mitgeschleift und so schwer gegen einen Baum und eine Ufermauer gedrückt, daß er lebensgefährlich ins Bezirkskrankenhaus Lichtenfels-Gallnein eingeliefert werden mußte, wo er gestern seinen schweren Verletzungen liegen ist.

Zwida. Schwere Bluttat. In Niedermühlen geriet der 27 Jahre alte Arbeiterkolmann an Auerbach bei Zwida in der Nähe des nach Rittergut Zuer gehörigen Forstwerks mit vier aus Bayern stammenden landwirtschaftlichen Arbeitern in einen Wortwechsel. Im Verlauf der Auseinandersetzung zog einer der Bayern, der 22 Jahre alt aus Korbhof bei Reutenburg stammende Martin Griffl ein dolchförmiges Messer und verlegte damit Kolmann einen tiefen Stich, der das Herz durchschloß. Der Verletzte konnte sich nur noch einige Meter fortbewegen und brach dann tot zusammen. Der Täter wurde kurz nach der Tat verhaftet.

Falkenstein. Töblicher Verfallsfall. In Werda ist der 18 Jahre alte Weber Walter Tzinger aus Werda mit seinem Fahrrad in der Mitte des Ortes einem Lastwagen in die Räder gefahren. Der Radfahrer erlitt bei dem Sturz mehrere Rippen- und Beinbrüche, sowie innere Verletzungen, an denen er verstarb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Schweres Unglück im Leipziger Buchgewerbehaus

Leipzig. Am Leipziger Buchgewerbehaus ereignete sich vormittags gegen 11 Uhr im Vorraum der Maschinenhalle ein schwerer Unglücksfall. Eine Seitenwand einer Tiefdruckmaschine im Gewicht von 40 Zentnern stürzte auf einen Transportfuhr abtransportiert werden, schlug aber bei einem Wendenmanöver um und begrub den 24 Jahre alten Schlosser Albrecht Glafer und den 28 Jahre alten Obermonteur Weber unter sich. Glafer wurde dabei erschlagen, Weber so schwer verletzt, daß er bald danach im Krankenhaus gestorben ist.

Leipzig. Einbrecher in der Schule. Während sich die Schüler beim Turnunterricht befanden, ist ein unbekannter junger Mann vermittels Nachschlüssel in ein Klassenzimmer in der Gottschalkschule eingedrungen. Aus den zurückgelassenen Mappen hat der Täter, der etwa 16 bis 17 Jahre alt ist, insgesamt etwa 15 bis 20 Mark gestohlen. Nachmittags wurde von einem unbekanntem Geheißener ein 29 Jahre alter Straßenbahnfahrer in die Sanitätskammer der Feuerwache „DII“ gebracht. Der Geheißener erklärte hierbei, daß der Straßenbahnfahrer an der Ecke Kirchstraße und Wurmerstraße von einer Straßenbahn gestrichen und ihm in die Pferde gelaufen ist. Dabei hat der Straßenbahnfahrer Verletzungen erlitten, die seine Lebensfähigkeit ins Krankenhaus St. Jakob erforderlich machten.

Altenburg. Hier kam auf dem Unterhausweg zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei auch gekloppt wurde. Zufällig kam ein Zug der Nationalsozialisten einem der Kommunisten begegnet. Die Nationalsozialisten schwenkten in den Hausweg ab, wurden aber von den Kommunisten verfolgt. So kam es dann auf dem Hausweg zum Zusammenstoß. Die Schuldfrage wird immerhin noch zu klären sein.

Rudolfsstadt. Die Krise im Rudolfsstädter SC. Der Anlaß zu der Krise im Rudolfsstädter Seniors-Konvent dürfte die einigen Korporationen während der vergangenen Monate gewesen sein. Die Korporationen hatten sich teilweise Verbindungen zu verschrieben. Von den rund 50 im R. S. C. zusammengefaßten Korporationen sind bisher 15 ausgetreten, von denen einige im Begriff stehen, sich anderen großen Verbänden anzuschließen, in der Hauptsache dem Coburger L. C.

Gera. Gastod. Im Ofen der Stadt wurde in seiner Wohnung ein 64 Jahre alter Mann gasvergiftet tot aufgefunden. Der Abstellbahn des Gastoders war nicht geschlossen, sodas das Gas ausströmen konnte. Den Umständen nach liegt ein Unglücksfall vor.

Kommunisten gegen Nationalsozialisten

Gretz. Bei einer Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wo als Diskussionsreder auch Kommunisten zu Worte gekommen waren, kam es nach einer heftigen Auseinandersetzung zu einem großen Tumult, in dessen Verlauf eine ganze Anzahl Versammlungsteilnehmer verletzt wurde. Viergaler und alle möglichen Gegenstände wurden durch den Saal. Ein Teilnehmer der Partei, der beim Antritt anwesend war, wurde von einem als Wurfgeschütz benutzten Bierglas so schwer am Kopf getroffen, daß die Lebensfähigkeit des Verletzten ins Krankenhaus nötig wurde. Ein ebenfalls schwer verletzter Kommunist mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Im ganzen wurden zehn Personen verletzt.

Zella-Mehlis. Schwerverunglück. Von einem festliegenden Auto sprangen während voller Fahrt die zwei rechten Räder ab, so daß sich der Wagen überdrehte und die beiden Insassen unter sich begrub. Sie mußten mit schweren Verletzungen abtransportiert werden.

Dölsch im Schwarzwald. Vom Motorrad umgerissen und getötet. Als hier der Arbeiter Walter Dölsch einen letzten Wagen aus einer Werkstatt auf die Straße schob, passierte gerade ein Motorrad die Stelle, das gegen die Wagendeckel fuhr. Dölsch wurde zu Boden gerissen und schwer verletzt. Am Krankenhaus starb er bald an den Folgen des Unglücksfalles. Der Motorradfahrer trug nur leichte Verletzungen davon.

Rahla. 2000 Mark Belohnung. Die Thüringische Landesbrandversicherungsanstalt in Gotha hat zur Ermittlung des Täters, der den Brand bei der Firma Ewald Schreier, Dampfagenerl in Rahla, von dem wir feinerzeit berichteten, angeleitet hat, eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Bayreuth. Der Haftbefehl gegen Meußbörffer aufgehoben. Der Vertreter des Kommunistenrates Meußbörffer, Rechtsanwalt Breitenstein, teilt folgendes mit: Auf meinen Antrag vom 27. März 1930 hat der Untersuchungsrichter des Landgerichts Bayreuth den Haftbefehl gegen Kommunisten Heinrich Meußbörffer erlassenen Haftbefehl aufgehoben und die Rückgabe der gestellten Kaution angeordnet.

Mannheim. Luftmord und Selbstmord. Am hiesigen Gärtnerstraße 34 wurden der 36 Jahre alte Lagerführer Adam Krämer und die 12jährige Schülerin Katharine Wälder tot aufgefunden. Die Leiche des Mädchens lag im Bett, war völlig entleert und wies zahlreiche Blutergüsse auf. Vermutlich hat Krämer das Mädchen mißbraucht und dann getötet. Er selbst hat sich in der Küche durch Gas vergiftet.

Aus dem Gerichtssaal

Die kommunistischen Geheimbündler in Halle verurteilt. Bekanntlich wurde im Dezember vergangenen Jahres in Halle ein Geheimbund der Kommunisten ausgehoben, der sich „Sportklub Aktivist“ nannte, aber eine Fortsetzung des Rotfrontkämpferbundes war. Während 50 Belegte mit Strafmandaten davon kamen, wurden die Rädelsführer, der Angestellte Ben Lutz sowie die Arbeiter Gause, Stod und Walter wegen Geheimbündel unter fünf Jahre gefesselt. Das Gericht stellte auf Grund des beschlagnahmten Materials fest, daß der Sportverein „Aktivist“ lediglich ein Deckname für den verbotenen Rotfrontkämpferbund sei. Ben Lutz wurde zu vier Monaten Gefängnis, Gause zu drei und Walter und Stod je zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Saatenstand

Der milde Winter ließ die Saaten von Auswinterungsschäden fast völlig frei bleiben. Nur Wintergerste und Raps haben durch Kahlfröste etwas gelitten. Teilweise zeigen die Winterkornen infolge der günstigen Saatenbedingungen im nächsten Jahr für ihre künftige Entwicklung gut. Ihr Wachstum hat bereits eingesetzt und ruht nur noch in den höheren Lagen. Da der Winter arm an Niederschlägen war, sind noch ausgiebige Regenfälle zur Sicherstellung einer weiteren günstigen Entwicklung der Saaten dringend notwendig. Besonders der Klee und die sonstigen Futterfrüchte bedürfen starke Niederschläge, zumal ihr Bestand infolge der Trockenheit des vergangenen Jahres häufig lückenhaft ist. Das Gleiche trifft auch für die Weizen zu, deren Wachstum bei der geringen zur Verfügung stehenden Feuchtigkeit noch kaum begonnen hat. In den höheren Lagen des Landes ist erst der Anfang mit den Vorbereitungen zur Frühjahrsaussaat, mit dem Abschleppen der Acker, Düngereinfahren und -Streuen usw. gemacht worden. Dagegen konnte im Niederlande die Bestellung des Sommergetreides Mitte oder Ende März begonnen und teilweise schon fast vollendet und die Vorbereitung der Hackfruchtfelder bereits angefangen werden. Pflanzengestaltung sind nur in geringem Umfange beobachtet worden bis auf die Feldmäuse, die besonders im Klee vielfach Schaden anrichten und bei anhaltender trockener Witterung zu einer erheblichen Gefahr werden können.

Magdeburger Hasevorklage angenommen

Merseburg. Im Sächsischen Provinzialparlament wurde die Vorlage über die Beteiligung des Provinzialverbandes der Landwirtschafts- und Gartenbauvereine Magdeburg in der Höhe von zwei Millionen Mark mit 56 gegen 46 Stimmen angenommen. Während der Debatte erklärten die Gegner der Vorlage, daß der Magdeburger Plan Nachteile für die übrige Provinz, besonders für die Braunkohlgebiete bringe. Landesbauplanung Dr. Häubner wies darauf hin, daß es stets im Interesse der Provinz liege, die Grenzen zwischen Stadt und Land auszugleichen. Die Frage habe sich hier zu einem Gegenstande aufgelöst. Die Ablehnung der Vorlage würde diesen Gegenstand verschärfen.

13,5 Prozent Provinzialumlage

Merseburg, 6. April. Der Provinzialparlament setzte bei der Schlussberatung des Haushaltsplanes die Provinzialumlage zur Aufbringung der erforderlichen Mittel in Höhe von 10 118 400 Mark auf 13,5 Prozent fest. Um die Umlage nicht höher werden zu lassen, mußten im Haushaltsplan zahlreiche Streichungen vorgenommen werden.

Die „Europa“ wieder daheim.

Begrüßungsfeier an Bord. — Bremen, 6. April.

In Bord der „Europa“, die von ihrer ersten Ausreise nach Bremerhaven zurückgeführt ist, fand in Anwesenheit von Vertretern des Bremer Senats und der Stadt Bremerhaven sowie von Präsident Dr. h. c. Heinemann und Geheimrat Schöning eine feierliche Begrüßungsfeier statt. Senatspräsident Dr. h. c. Heinemann, in der er allen die an dem für die deutsche Schifffahrt so bedeutsamen Ereignis beteiligt waren, den Dank und die Glückwünsche des Senats aussprach.

Commandore Johnson, Cheffingierieur Eins und Direktor Dr. Frahm von der Werft Blohm & Voß wurden Ehrengeleitsbegleiter der Stadt Bremen, bestehend aus silbernen Tabletts mit der eingravierten Silhouette des Schiffes und persönlicher Widmung überreicht. Die Stadt Bremerhaven überreichte Commandore Johnson eine silberne Blumenkranz überreichen. Commandore Johnson dankte im Namen der Besatzung für den herrlichen Empfang; Direktor Dr. Frahm übertrug die ihm ausgesprochene Anerkennung auf alle seine Mitarbeiter.

Explosionsunglück bei Cottbus.

Ein Arbeiter verliert das Augenlicht. — Cottbus, 6. April.

Im benachbarten Sachendorf ereignete sich in der Ammonial-Kühlanlage der Fleischer Bedrich eine schwere Explosion. Der Besitzer, ein Monteur aus Cottbus und ein Arbeiter waren im Keller damit beschäftigt, Stangen an die Ammonialkühlanlage vorzunehmen. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Detonation. Die Gemäße und Wände des Kellers wurden teilweise zerstört und die Hausmauer bis zum Dach hinaus aufgerissen. Der Besitzer und der Monteur wurden getötet. Der Arbeiter wurde in hoffnungslosem Zustand in das Cottbuser Krankenhaus eingeliefert. Er hat sein Augenlicht eingebüßt.

Die Rettungsgesellschaften der Feuerwehr getaltesten sich sehr schwierig, weil das ganze Gebäude und die Nachbargebäude der Stadtsparkasse erlitten war. Es mußten zunächst Gasmasken beschafft werden. Die Bewohner des Hauses hatten durch die Fenster die Flucht ergriffen. Die Feuerwehr ließ den Keller mit Wasser voll laufen, um die Ammonial-Gase, die schwerer sind, als die Luft, aus dem Hause zu verdrängen. Ueber die Entfesselungsurkunde konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Untersuchung ist im Gange.

Deutliche Marktseite heute neue Nummer.

bei Hied. Arnold

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Wirtschaftlichen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Remberg.

Der Ultimoausweis der Reichsbank läßt die letzte Quartalsüberwindung rein affirmativ nicht ohne weiteres erkennen. Es ergibt sich eine Gesamtanpannung von rund 708 Millionen RM. Die Deckung der Noten durch Gold und silberne Scheidemünzen beträgt 225 000 000 RM., die übrige durch Banknoten und Bankguthaben von 483 000 000 RM., erträglich.

In der allgemeinen Wirtschaftslage ist nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern, — von einer teilweisen fallenden Bewegung abgesehen — noch keine wesentliche Besserung eingetreten.

Infolge der wäldigen Frühjahrsentpannung am Arbeitsmarkt verringerte sich die Zahl der Hauswirtschaftsangehörigen in der Arbeitslosenversicherung bis zum 15. 3. d. J. um 120 000 auf etwa 2 250 000 Personen, wogegen sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern im gleichen Zeitraum auf rund 3 278 000 Personen belief.

Die auf den 31. März d. J. berechnete Großhandelsindexzahl hat sich mit 126,1% gegenüber der Vormonats (126,7%) leicht erhöht. Am Weltmarkt setzte sich noch weiter gegen den Ultimoanpannung abgesehen — keine wesentliche Veränderung.

Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Schuhmachers **Arthur Daig in Trebitz** (Elbe) ist am 2. April 1930, 18 Uhr 20 Min das Kontursverfahren eröffnet und der offene Arrest erlassen worden. Kontursverwalter: Prosefagent Max Becker in Bad Schmiedeberg; Anmelde- und Anzeigefrist bis zum 29. April, erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 8. Mai 1930, 10 Uhr.
Kemberg (Bez. Halle), den 3. April 1930

Das Amtsgericht

Nugholz-Versteigerung.

Sonnabend, den 26. April d. Js., 11 Uhr, im Ratsteller zu **Bad Schmiedeberg** (Bezirk Halle a. S.) aus der hiesigen **Stadtförstl. Schlag 34a** (Pflanzl.) und **35a** (Reinharzerstr.). Durchforstg. und Sammelhieb Dittreit 22, 28—33 und 36 etwa

1300 Kiefernstämme

(mit 800 fm Kl 1b—4b), 5 Fichtenstämme (1 fm), 18 Fichtenstangen I.—II. Kl., **10 Eichen** (15 fm II.—VI. Kl., 2 rm Stiele, 21 Buchen (10 fm) 3 rm Nussknüppel und 17 Birken (5 fm)
Bedingungen im Termin, Aufmaßlisten bis 8. d. Mts. beim Gege-meister Epitz hier bestellen.

Bad Schmiedeberg, den 3. April 1930

Magistrat — Forstverwaltung

Das Gebot der Stunde

ist der Besuch der großen **Auffklärungsveranstaltung** verbunden mit der Vorführung des prächtigen Films

Freie Fahrt

4 Akte, 1500 Meter

Ein Film vom werdenden Menschenrecht

Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr

im Gasthof „**Goldene Weintraube**“

Männer und Frauen! Um Euer und Eurer Kinder Schicksal geht es! Kommt alle in die Veranstaltung und holt Euch Aufklärung!

Eintritt frei

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsgruppe Kemberg

Wichtig für jede Dame!

Ausstellung Vorführung Vortrag

Frauenglück

und

Frauenleid

Aufklärungen über die Wiederherstellung der normal-schönen Figur und über Vorbeugung gegen Hüftschädigung.



Eine Thalyfia-System



Mit Thalyfia-System

Donnerstag, den 10. April 1930, nachmittags 1/4 8 Uhr und abends 1/8 8 Uhr im **Hotel Blauer Hecht**
Aufklärende Durchsichten mit Abbildungen kostenlos im Vortrag oder direkt durch

Thalyfia-Werk, Leipzig S 67

Ab 1. April zu sämtlichen
Krankenkassen zugelassen

Dr. Gerhard Schmidt

Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Wittenberg, Lutherstrasse 19 (Haupteingang).

Sprechstunden: 9—12, 4—6 Uhr.
Mittwochs u. Sonnabends nur vorm.

Unwahre Behauptungen

über mein Geschäft, werden immer mehr verbreitet, sodaß ich gezwungen bin, meine Zurückhaltung aufzugeben.

Unwahr ist die Behauptung, daß ich einem Handwerk angehörte, das zu der Kraftfahrzeugbranche in keiner Beziehung steht.

Ich erkläre, daß ich dreißig Jahre nur in der Eisen- u Metall-waren-, Gießerei-, Kugellager-, Bereifungs-, Maschinen-, Motoren- und Kraftfahrzeugbranche, nachweisbar tätig war. Ueber sechzehn Jahre davon war ich nur in der Motoren- und Kraftfahrzeugbranche, zehn Jahre davon in leitenden Stellungen und selbständig.

Der Erfolg meines Geschäftes liegt in dem unbedingt peinlichen Streben, meine Kundenschaft fachmännisch und sachgemäß zu bedienen und das Beste zu liefern.

Es wird jedermann überlassen, über die Absicht der Vereinnahmungen zu urteilen. Ich bitte dringendst, mir Verdächtige über mein Geschäft mitteilen zu wollen, um Richtigstellung vornehmen zu können.

R. O. Heinze, Wittenberg,
Kraftfahrzeughandlung und Reparaturwerkstätten — Fernruf 2040

Magdeburger

Automobil- und Pferde-Lotterie

Ziehung Mai und Juli

Los 50 Pfg., Doppellos 1,— RM

zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.



Rama
im **Blauband**

doppelt so gut

3 Pfd 50 Pfg

mit Garantie, Zeichen für frische Qualität

Gebt den Kindern
ofter Kuchen!

„Rama im Blauband“, eine Margarine edelster Qualität, verbilligt das Kuchenbacken wesentlich, ohne auch nur im geringsten den Feingeschmack zu beeinträchtigen. Seit nur der Kleinen Ungeduld: Wäre der Kuchen mit der teuersten Tafelbutter gebacken, besser könnte er nicht munden!

Prima junges fettes Rind- und Schmelfleisch

empfehlen
Rich. Krausemann Nachf.
Inh. Heinrich Schneider

Prima frisches junges
Hammelfleisch

empfehlen
E. Bachmann

Dienstag früh
Irish. Schellfisch

Der letzte vor dem Fest
Zum äußersten Tagesbrei,
Paul Wierschke, Burgstraße

Morgen Dienstag früh
frischen Schellfisch

und
Räucherwaren

Emma Reinecke

Heu

erste Sorte, Ztr. 4.— Mt.
zweite Sorte, Ztr. 2.— Mt.

Stroh

gibt ab
Robert Schütze, Globig

Fahrschule

für Kraftfahrzeuge
Auto-Heinze, Wittenberg

Ruf 2040

Krieger-Berein

Morgen Dienstag, den
7. April, abends 8 Uhr im
Hotel Palmbaum

Bersammlung

Um vollständiges Erscheinen wird
gebeten.

Am Mittwoch nachmittag 1/3 3 Uhr
tritt der Verein zur **Beerdigung**

des verstorbenen Kameraden **W. Noack** im Hotel Blauer Hecht an.

Beteiligung aller Kameraden ist
Ehrenpflicht **Der Vorstand**

Für die mir aus Anlaß meines 100jährigen Geschäfts-jubiläums in so reichem Maße dargebrachten Glück-wünsche und Blumenspenden sage ich hiermit auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank

Carl Pfeil

Herzlichen Dank

für die Aufmerksamkeit
und Geschenke zur Jugend-
weihe unseres Sohnes
Hans.

Familie Selling.

Herzlichen Dank

für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation meines Sohnes Werner.

Frau Anna Pobbig,
Gommlo

Für alle uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank.

Rotta, den 7. April 1930.

Hermann Dreissig und Frau
Martha geb. Karius.

Gestern nachmittag 4 Uhr verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber treusorgender Vater



der Veteran Wilhelm Noack

im gesegneten Alter von 87 Jahren.

In tiefem Schmerz

die trauernde Tochter
Anna Noack

Kemberg, den 7. April 1930

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr statt

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,35 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gemalte Betriebsstörung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 5gepalte Petitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepalte. Reklamszeile 40 Pfg., Ausstufungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unendlich gelochener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen, ist keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Zuhören, zuzüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 41

Dienstag, den 8. April 1930

32. Jahrg.

Brückensperre.

Die Mühlbadbrücke an der Stadtmühle ist bis auf weiteres gesperrt.

Kemberg, den 7. April 1930.
48) Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* Steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung und Befestigung der Kreditversorgung für die deutsche Wirtschaft sind seitens der Reichsregierung dem Reichstag zugegangen, die gleichzeitig Maßnahmen enthalten, um weitere Kapitalflucht nach dem Ausland zu verhindern.

* Ueber die sozialpolitischen Aufgaben der privaten Krankenversicherungen sprach in einer von zahlreichen Vertretern der Behörden, Verbände, Parlamente und der Wirtschaft besetzten Bestimmung Kommissionsrat Dr. Reichmann, der Vorsitzende dieser Delegierten.

* Die Konventionen in England rufen sich bereits zu den bevorstehenden Wahlen, bei denen sie für Schulzoll und Befreiung der Wirtschaftseinheit des britischen Weltreiches einsetzen werden.

Der Arbeitsplan.

Nach den Absichten des Reichsfinanzministers gilt es jetzt in erster Linie, das Defizit des Reichshaushalts für 1930 zu beseitigen. Der Reichsfinanzminister schätzte dieses Defizit auf 315 Millionen Mark. Ob diese Rechnung aber stimmt, ist noch keineswegs sicher, sondern es muß vielmehr mit einer Spanne von 290—320 Millionen Mark Defizit gerechnet werden. Die Schwierigkeiten des Finanzprogramms liegen vor allem darin, daß eine Deckungsvorlage für den Reichshaushalt eingebracht wird, den der Reichstag nach der Ausgabenseite noch gar nicht kennt.

Es haben erneut Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien über das Finanzprogramm stattgefunden, und zwar ist zwischen den Sachverständigen über die Verkürzung der Zahlungszeiträume bei den indirekten Steuern verhandelt worden. Es handelt sich hier um die Tabaksteuer und Zuckerversteuerung. Die Reichsregierung rechnet hier mit einer Mehrerhebung von 30 Millionen Mark. Weiter wurde verhandelt über die Frage der Mineralölsteuern und der inneren Ausgleichsabgabe. Reichsernährungsminister Schiele hatte im Interesse der ferkoffelbauenden Landwirtschaft einen Spiritusbeimischungszwang angetragt. Endlich hat der Reichsfinanzminister Gelegenheit genommen, mit der Wirtschaftspartei über die Biersteuer zu beraten, da neuerdings auch die Wirtschaftspartei ebenso wie die Bayerische Volkspartei gegen die Erhöhung der Biersteuer Bedenken hat. Von Seiten der Wirtschaftspartei ist u. a. eine Erhöhung der Umsatzsteuer vorgeschlagen worden, und zwar nach einem gestaffelten Tarif. Die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich überdies in keiner Weise an die Regierungsvorlage gehalten, sondern zum Ausdruck gebracht, daß nimmehr ganz neue Vor schläge auch zur Diskussion gestellt werden könnten. Sie wurden inoffiziellen erst auf die Regierungserklärung verwiesen werden.

Der Reichsfinanzminister legt entscheidenden Wert darauf, die Frage der Mineralölsteuern, die Frage der Zuckerversteuerung, die Biersteuer und die Mineralwassersteuer vorrangig zu behandeln. Ueber die parlamentarische Erledigung der Steuererhöhung besteht zurzeit noch vollkommene Unklarheit. Es wird u. a. damit gerechnet, daß die Sozialdemokraten nicht gegen die Biersteuer stimmen werden. Es wird weiter mit einer teilweisen Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei gerechnet, doch besteht die Gefahr, daß die nächste Woche eine erneute Krise im Reichstag bringen kann, einzuweilen noch fort.

Die Gestaltung der Agrarvorlage wird weitere Schwierigkeiten bringen. Der Reichsernährungsminister Schiele läßt keine Pläne nicht im Reichswirtschaftsministerium, sondern im Reichslandwirtschaftsministerium ausarbeiten und er legt dabei die Methode fort, die er bereits bei seiner ersten Tätigkeit als Reichsernährungsminister geübt hat. Soweit verlautet, soll das Einkommensteuergesetz ausgearbeitet werden. Es ist aber damit zu rechnen, daß ein solcher Ausbau erhebliche diplomatische Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Bei der Ausgestaltung des Agrarprogramms wird alsbald noch die Frage entscheiden werden, wenn die notwendigen Vollmachten erteilt werden, dem Reichsernährungsminister Schiele oder der Reichsregierung. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der Reichstag niemals dem Reichsernährungsminister als solchem die geplanten Vollmachten erteilen wird, sondern wenn eine Vollmachtenerteilung in Frage kommt,

dann kann die Ermächtigung nur an die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit ausgehen werden.

Schon aus dieser einen Kernfrage — dem Finanzprogramm — ist zu ersehen, wie schwierig sich die Verhältnisse schon innerhalb des Kabinetts dann aber um so stärker im Gremium der Fraktionen gestalten könnten. Dabei ist noch als erhellend zu betrachten, daß abgesehen von den grundlegenden Gegensätzen zwischen den einzelnen Parteien, die sich wohl kaum unter einen Hut bringen lassen werden, auch innerhalb der Gruppen selbst durchaus nicht Meinungen und Ansichten homogen sind.

Selbst wenn aber nun wirklich bei den Regierungsparteien eine Verständigung erzielt wird, bleibt noch die Frage offen, ob sich im Reichstag für die Vorlagen eine Mehrheit finden wird. Die Regierung hat die Absicht im Plenum abstimmen zu lassen. Sie ließ durchblicken, daß sie erst dann auf die Artikel 48 zurückgreifen werde, wenn es ihr nicht möglich sei, ohne ihn die Finanzierung zu erreichen. Alles hängt demnach weiter davon ab, wie die Deutschnationalen ihr Votum in die Waagschale werfen. Sie haben heute den entscheidenden Einfluß, den sie nach Belieben ausüben können, d. h. sie vermögen die Regierung zu unterstützen oder ihr ein längeres Dasein zu bestreiten. Dabei hat sich allerdings in dieser Hinsicht eine Entscheidung nicht ergeben.



gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es nimmehr endlich gelinge, das Gaststättengesetz, das so lange den Ausschuss beschäftigt hat, zur Verabschiedung zu bringen.

Die jetzt vorliegende Lösung bedeutet einen Mittelweg, auf welchem einerseits dem notwendigen Schutz der Jugend und dem Kampf gegen den Alkohol Rechnung getragen, auf der anderen Seite aber das Gewerbe nicht allzu sehr eingeklinkt wird.

Die Vorchrift, nach der die Klagerate von Forderungen, die aus der wiederholten Kreditierung von Brauntwein herrühren, ausgeschlossen wird, ist grundsätzlich zu billigen. Was die Polizeistunde angeht, so soll es ebenfalls bei den Vorschlägen des Ausschusses bleiben, also äußerste Grenze 1 Uhr, abgesehen von Ausnahmefällen. Die Bestimmung, wonach schulpflichtige Tage anordnet werden können, soll auf den Kleinhandel in verschlossenen Flaschen mit einem gewissen Mindestgehalt keine Anwendung finden.

Ministerialdirektor Dr. Klansner verleiht eine Erklärung der preussischen Staatsregierung, in der diese in der Frage der Polizeistunde für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt.

Abgeordneter Sobel (Bayer. Sp.) weist auf den Tisch des Hauses, auf den inzwischen von Reichstagsabgeordneten viele Zentner von Petitionen niedergelegt worden sind, und erklärt, hier zeige sich das große Interesse, das die Deutschnationalen an Schanzstättengesetz habe. Abgeordneter Hansen (Christlichnat. Bauernpartei) bedauert, daß die Vorlage zu sehr von den häufigsten Verhältnissen ausgehe, die man durchaus nicht auf das Land übertragen könne.

Abgeordneter Bernemann (Soz.) tritt für die vom Abgeordneten Dr. Raab bekämpfte Bestimmung in § 2 ein, wonach die Konfession auch dann verweigert werden soll,

wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Antragsteller die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten nicht einhalten wird. Abgeordneter Schumann (Christl.) bezeichnet den Antrag als Systemismus als eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems. Abgeordnete Frau Fuchs (Sp.) weist auf die schweren gesundheitlichen Schädigungen durch Alkoholmißbrauch hin. Abgeordneter Gandler (Dl. Bauern) weist auf die Behauptung des Abgeordneten Sollmann (Soz.), daß es in Deutschland 390 000 registrierte Trunkfällige gäbe. Ein Fund amtlichen Materials sei das Ergebnis vollständig anders. Abgeordneter Gandler (Dl. Bauern) erklärt, seine Freunde könnten dem Beleg, das weder für die Gewaltmorde noch für die Gemeinden Erleichterungen bringe, nicht zustimmen. Abgeordnete Frau Wurm (Soz.) begründet einen Antrag, auch den Mißbrauch durch Wagenhändler vom Zwang zur Erlaubniserteilung zu befreien.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage beendet.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr.

Abstimmungen und dritte Beratung des Schanzstättengesetzes.

Steuerausfluß des Reichstages.

Reichsfinanzminister Molkenhauer über die Deckungsvorlagen.

Im Steuerausfluß des Reichstages eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlagen.

Der Fehlbetrag für 1930 belaufe sich auf mindestens 304 Millionen und werden sich möglicherweise noch auf 315 Millionen erhöhen. Die von der Regierung eingebrachten Deckungsvorlagen, einschließlich der noch folgenden Steuer auf die inländische Benzinherstellung ergeben für das Reich ein Aufkommen von 326 Millionen. Auf die Länder entfallen ferner 120 und auf die Gemeinden 40 Millionen. Der durch die Neubildung der Regierung und das spätere Inkrafttreten der Gesetze für das Reich entfallende Ausfall betrage mindestens 22 Millionen, so daß für dieses Jahr dem Reich 304 Millionen Deckungsmittel zur Verfügung kämen, die dem genannten Mindestfehlbetrag für 1930 entsprächen.

In der Aussprache übte dann der deutschnationale Abgeordnete Dr. Rabenmayer lebhafteste Kritik an den Vorlagen. Man könne nicht jetzt für das nächste Jahr Steuererhöhungen verlangen, für das nächste Jahr schon Steuererhöhungen in Aussicht stellen. Auch das nächste Jahr werde wahrscheinlich noch ein Notjahr sein.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herz wies darauf hin, daß nach den Forderungen der Regierungsvorlage die Zölle und die Zuckerversteuerung mit erheblichen Mehrausgaben gerechnet werden müßte. Die Gesamterhebung der Sozialdemokratie werde von der Gestaltung des Finanzprogramms im ganzen abhängig sein. Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer erwiderte dann, daß sich die Reichsregierung zu ihrem ursprünglichen Finanzprogramm bekenne, das die Deckungsvorlage, die Steuererhöhung und die Arbeitslosenversicherung umfasse. Bei der Arbeitslosenversicherung habe sie sich dem letzten Kompromiß der Regierungsparteien angeschlossen.

Der Minister wandte sich gegen einen Entsch. der Beförderungsteuer und bezeichnete als vordringlicher die Senkung der Realsteuer und Einkommensteuer. Mit der Reichsbahn seien Verhandlungen eingeleitet, um eine Tarifherabsetzung zu vermeiden.

Eine Überbepannung der direkten Steuern treffe am härtesten auch die Arbeiterklasse. Das Problem der Überwindung der Arbeitslosigkeit wurde nicht in einer möglichst gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung, sondern in der Frage, wie man den erwerbslosen Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen könne. Das Programm der Regierung sei also durchaus sozial.

Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Reichsregierung und Steuerentung.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht.

Berlin, 6. April.

Dem Reichstag ist der Gesetzesentwurf über die Ermächtigung zur Erreichung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zugegangen. In der Begründung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß Personen, die als ausländische Geldgeber in Frage kämen, sich durch gewisse steuerliche Vorteile locken lassen. Ihr Geld nach Deutschland zu bringen oder sich deutschen Unternehmungen zu beteiligen. Auch die Kapitalabwanderungen vom Inland ins Ausland werden vielfach vom steuerlichen Gesichtspunkt stark beeinflusst.

In vielen Fällen sind es lediglich steuerliche Gründe, die derartige Transaktionen bedingen. Und das hat für Deutschland schwere volkswirtschaftliche Nachteile. Es ist da einmal auf die währungspolitischen Einwirkungen derartiger Kapitalabwanderungen hinzuweisen. Einen reinen Verlust erleidet die deutsche Volkswirtschaft auch dadurch, daß der Unterchied zwischen den Zolls- und Zinsenlinien nicht der deutschen Wirtschaft, sondern dem Ausland zu